Gütersloh

Klimabeirat
der Stadt Gütersloh

Niederschrift

über die 11. Sitzung
des Klimabeirates am 09.03.2020
im Ratssaal, Rathaus, Berliner Str. 70, 33330 Gütersloh

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:35 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender:

1. Kattenstroth, Gerhard

Mitglieder:

2. Bille, Simone
3. Gramlich, Kurt
4. Große-Freese, Hans-Heinrich
5. Höner, Andreas
6. Honigmund, Ulrich
7. Kostka, Alexander
8. Peitz, Petra
9. Schröder, Henrich
10. Tepper, Ulrich
11. Winter, Heike

Beratende Mitglieder:

12. Birkenhake, Hermann
13. Gerndt, Ulrich
14. Dr. Goecke, Martin
15. Lang, Christine
16. Libuda, Ralf
17. Linzel, Inga
18. Niemann-Hollatz, Birgit
19. Primon, Thomas
20. Wolters, Sonja
21. Woste, Peter Heinz

Es fehlen:

Daum, Angelika
Güth, Hermann
Hertzke, Achim
Kohlhagen, Timo

Lichy, Mario – vertreten durch Herrn Honigmund
Müller, Thomas
Potthoff, Arne
Schmelz, Wolfgang
Blagojevic, Aleksandra
Herrling, Nina
Kessenjohann, Thomas – vertreten durch Herrn Andreas Müller

Weiter nehmen teil:

Von der Verwaltung:

Hentschel, Helmut; FB Umweltschutz – Schriftführer

Mehrere Gäste und Zuschauer

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung
2. Anträge auf Änderung der Tagesordnung
3. Mitteilungen der Verwaltung
   - Klimaschutz: Schwerpunktmaßnahmen zur kurzfristigen Umsetzung – aktueller Stand (Empfehlungen des Klimabeirates am 7.10.2019 bzw. Beschluss des AUO am 25.11.2019 - DS 339/2019) - mündlicher Bericht
   - Stand der Umsetzung des städtischen Förderprogramms - mündlicher Bericht
   - Zwischenstand Erarbeitung CO2-Bilanz - mündlicher Bericht
4. Klimaschutzbericht 2019 für die Stadtverwaltung Gütersloh
   -DS-NR.: 81/2020-
5. Fachgruppe Weiterentwicklung des Klimabeirates – erster Zwischenstand
6. Fragen und Vorschläge der Ausschussmitglieder
7. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

8. Verschiedenes

Vor Beginn der Sitzung verteilt Herr Gramlich eine Unterlage, die auf 4 Seiten Auszüge aus der Satzung des Klimabeirats, aus dem Masterplan Klimafreundliche Mobilität und aus dem Energiebericht der Stadt enthält.

Vorsitzender Gerhard Kattenstroth begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Klimabeirates fest. Es sind 8 stimmberechtigte Mitglieder bzw. ihre Vertreter anwesend.

Herr Kattenstroth bittet **Herrn Hentschel** zur Einstimmung einige Visualisierungen zum Beitrag der Erneuerbaren Energien in der Stromversorgung zu zeigen.
Im Februar stammten, über den gesamten Monat ermittelt, in Deutschland 46 % des Stroms aus Windenergie, die Photovoltaik steuerte 4,2 % bei. In einzelnen Wochen lag der Beitrag der Windenergie über 60 %. **Herr Hentschel** zeigte als Beispiel die Woche vom 16.2. bis 22.2.2020. Anschließend zeigte er eine „Flautephasen", die Woche vom 22.1. bis 28.1.2020 mit wenig Wind und jahreszeitlich bedingt nur sehr geringem Beitrag der Photovoltaik. Für solche Phasen gelte es zukünftig vor allem die Stromerzeugung aus Biomasse zu flexibilisieren. Der mittlerweile erhebliche Beitrag der Stromerzeugung aus Photovoltaik, 2019 im Jahresdurchschnitt fast 9 %, wurde mit der Visualisierung der Woche vom 16. bis zum 22.6.2019 gezeigt. Die Masse der Erzeugung stammt aus kleinen Anlagen, damit ist sichtbar, dass die dezentrale Erzeugung einen substantiellen Beitrag leistet.
Der deutliche Rückgang der CO2-Emission in der Stromerzeugung 2019 resultiert aus dem höheren Beitrag der Erneuerbaren und gleichzeitig der Verdrängung vor allem von Steinkohle durch die günstigere Stromerzeugung aus Erdgas.
Die aktuellen Grafiken finden Sie auf:
https://www.agora-energiewende.de/service/agorameter/

Öffentliche Sitzung

1. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung

Es gibt keine Einwendungen.

2. Anträge auf Änderung der Tagesordnung

Es liegen keine Anträge vor. Drei von Herrn Gramlich eingereichte Punkte sollen unter Punkt 6 behandelt werden.

3. Mitteilungen der Verwaltung

3.1 Klimaschutz: Schwerpunktmaßnahmen zur kurzfristigen Umsetzung – aktueller Stand (Empfehlungen des Klimabeirates am 7.10.2019 bzw. Beschluss des AUO am 25.11.2019 - DS 339/2019)

3.2 Stand der Umsetzung des städtischen Förderprogramms - mündlicher Bericht

3.3 Zwischenstand Erarbeitung CO2-Bilanz - mündlicher Bericht

Zu 3.1

Die 4 plus 2 Schwerpunktmaßnahmen (DS 339/2019) sind entstanden aus den Empfehlungen einer Fachgruppe des Klimabeirats, dem Beschluss des Rates am 11.7.2019 und des AUO am 25.11.2019.

Herr Hentschel informiert über den Stand der Umsetzungen:

Private Hauseigentümer – Aufsuchende Beratung: Die Umsetzung bedarf externer Unterstützung. Zur Vorbereitung einer Ausschreibung bzw. Einholung von Angeboten soll auf Erfahrungen anderer Kommunen zurückgegriffen werden. Die Umsetzung erfolge nach der geplanten Einstellung eines zweiten Klimaschutzbeauftragten. Die Stellenausschreibung werde durch die Verwaltung vorbereitet.

Die Untersuchung Fernwärme werde ebenfalls nach der geplanten Einstellung eines zweiten Klimaschutzbeauftragten angegangen.

Die geplante Untersuchung des Potentials für Freiflächen-Photovoltaikanlagen entlang Bahn und Autobahn werde vorerst nicht angegangen, aus zwei Gründen: Die Einspeisevergütung durch das Erneuerbare Energie Gesetz ist nach wie vor auf eine Leistung von 52 Gigawatt begrenzt. Dieser Deckel wird voraussichtlich noch 2020 erreicht. Projekte mit langen Vorlaufzeiten werden deshalb erst nach Heben des Deckels angegangen. Zum anderen hat der Kreis Gütersloh signalisiert, für Flächen für die Landwirtschaft seine Zustimmung zur Nutzung mit Photovoltaikanlagen zu verweigern.

Frau Lang appelliert an die Politik, diese Haltung zu hinterfragen. **Herr Kattenstroth** sieht die Flächenkonkurrenz innerhalb der Landwirtschaft als kritisch an. **Frau Niemann-Hollatz** sieht ungeachtet des Deckels viele Handlungsmöglichkeiten im individuellen Verhalten.

Abschließend nennt **Herr Hentschel** die Empfehlungsbeschlüsse des Ausschusses für Umwelt und Ordnung bezüglich eines Sanierungsprogramms für Städtische Gebäude und der Festlegung von Effizienzstandards in Grundstückskaufverträgen und städtebaulichen Verträgen an den Ausschuss für Wirtschaft und Immobilien und den Planungsausschuss. Hier sei die weitere Behandlung noch nicht festgelegt.

Zu 3.2

Das mit 50.000 Euro ausgestattete Städtische Förderprogramm zur energetischen Modernisierung von Wohngebäuden und der Nutzung von Solarenergie (DS 342/2019) ist finanziell zu mehr als 90 % ausgeschöpft. Per 9.3.2020 sind 48 Anträge mit einem Volumen von 44.396 Euro bewilligt worden, davon 46 für Photovoltaik- und 2 für Solarthermieanlagen. Mit den installierten Photovoltaikanlagen wurden 352 kW Leistung gefördert. Insgesamt beabsichtigen die Antragsteller 395 kW Leistung zu installieren. Die Differenz ergibt sich aus den Obergrenzen der Förderung bei 8 bzw. 9,9 kW. Zwei Drittel der Photovoltaikanlagen sind nach Osten und / oder Westen ausgerichtet. Damit erscheint dieser Förderansatz gut akzeptiert.

Mit diesen Photovoltaikanlagen können im Jahr etwa 320.000 kWh Strom erzeugt werden, die CO2-Emission wird um 180 t pro Jahr reduziert (BDEW Strommix Deutschland 2018: 557 g / kWh). Die tatsächliche Reduzierung liegt etwa doppelt so hoch, da im wesentlichen Strom aus fossilen Energieträgern verdrängt wird.
Für zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen sind im Haushalt 125.000 Euro mit Sperrvermerk bereitgestellt. **Frau Lang** schlägt vor, daraus 50.000 Euro für eine Aufstockung des Förderprogramms zu verwenden.

Der Klimabeirat beschließt einstimmig, dem Ausschuss für Umwelt und Ordnung zu empfehlen, aus diesen Mitteln 50.000 Euro für eine Aufstockung des städtischen Förderprogramms freizugeben.

Zu 3.3
Die CO2-Bilanz-Erstellung durch den Kreis wurde 2019 wie angekündigt angegangen, auf Basis der Jahre bis 2018. Anders als durch den Kreis geplant, konnte die Bilanz nicht bis zum Jahresende 2019 erstellt und Anfang 2020 vorgestellt werden. Die Datenbereitstellung durch die Versorger sorgte für Verzögerungen, darüber hinaus hat das Land NRW nach einer Ausschreibung das Bilanzierungstool gewechselt, von EcoRegion zum Klimaschutz-Planer, so dass die Sicherung bzw. Übernahme der erfassten Daten Vorrang hatte. Die Auswertung für die Kommunen muss 2020 durch diese selbst erfolgen. Die Verwaltung beabsichtigt, das für den Kreis arbeitende Büro anzufragen.

4. Klimaschutzbericht 2019 für die Stadtverwaltung Gütersloh -DS-NR.: 81/2020-

Zu diesem Tagesordnungspunkt steht eine umfangreiche Vorlage zur Verfügung. **Herr Hentschel** weist darauf hin, dass eine neue Übersicht vorangestellt worden ist.
Herr Gramlich erinnert an die Forderung in der Fachgruppe, dass dem Klimabeirat eigene Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten. Dazu sei von der Bürgerinitiative ein Antrag gestellt worden. Diesen habe der Rat abgelehnt.
Frau Lang verweist darauf, dass für konkrete Projekte durchaus Mittel vorhanden seien.
Herr Gramlich beklagt, dass im Bereich Klimaschutz 2 Stellen entfallen seien und nur eine ersetzt würde. **Frau Lang** erklärt, auch wenn Klimaschutzaktivitäten vorher bei 3 Mitarbeitern angesiedelt waren, habe es nicht 3 Stellen exklusiv für den Klimaschutz gegeben. Es sei beschlossen, die ursprünglich befristete geförderte Stelle unbefristet wieder zu besetzen. Die Aufgaben seien neu geordnet worden, seit Oktober werde eine Umweltplanerin beschäftigt, die aus den beiden anderen Stellen zahlreiche Aufgaben übernehme, so dass, wenn auch in neuer Sortierung, es weiter 3 Stellen gäbe.
Herr Gramlich wiederholt seinen Appell und verweist auf die 2019 von der Fachgruppe „Zwischenbilanz" geforderte Zahl neuer Stellen für Klimaschutz und Mobilitätsmanagement.
Frau Niemann-Hollatz weist darauf hin, dass die Stelle Mobilitätsmanagement im Fachbereich Stadtplanung mit Sperrvermerk beschlossen sei.
Bezüglich der Anlage 2, Punkt „38. Sitzung des Hauptausschusses" weist **Herr Gramlich** darauf hin, dass dort nur beschlossen wurde die Eingabe „Klimanotstand" an den Rat zu verweisen, von diesem aber abgelehnt wurde.
Zu Punkt 3 moniert **Herr Gramlich,** dass der Energiebericht für das vergangene Jahr noch nicht vorliege und fordert eine Darstellung, bis wann die CO2-Emissionen der Stadtverwaltung auf Null gesenkt würden. **Frau Lang** stellt klar, dass so früh im Jahr noch nicht alle Verbrauchswerte vorlägen und der Bericht wie in den Vorjahren voraussichtlich Mitte des Jahres vorgelegt würde.
Ein **Besucher** fragt, bezogen auf die Quartierskonzepte, warum die Stadt Wohnungen saniere und den Wohnraum damit verteuere, statt einfach und günstig zu vermieten. **Frau Lang** antwortet, dass die Stadt den Beschluss umsetze, preiswerten Wohnraum an den Markt zu bringen. Sie habe dazu an der Alsenstraße Wohnungen von einem Dritten zur Vermietung gekauft. **Frau Bille** ergänzt, dass die Stadt auch bei Objekten am Spiekergarten schnell reagiert habe.
Herr Gramlich fordert, dass der Klimabeirat an der Bauleitplanung und Verträgen beteiligt werde, indem er textliche Festsetzungen vor dem Satzungsbeschluss erhalte. **Frau Lang** verweist darauf, dass der Planungsausschuss das zuständige Gremium ist. Im Rahmen der Offenlage bestehe bereits jetzt die Möglichkeit, Stellungnahmen abzugeben. **Frau Bille** macht deutlich, dass der

Klimabeirat ein unterstützendes Gremium und weniger ein kontrollierendes sein sollte. **Frau Niemann-Hollatz** sieht eine Beteiligung allein schon auf der Zeitachse als schwierig. Stellungnahmen im Sinne von Empfehlungen für zukünftige Verfahren würde sie begrüßen. Um Diskussionen im Einzelfall und die daraus ggf. resultierenden Verzögerungen zu minimieren, fragt **Frau Lang** ob es vorstellbar sei, musterhafte Hinweise zu erstellen. **Frau Linzel** würde Hinweise insbesondere bei neuen Erkenntnissen begrüßen. **Herr Goecke** schlägt die Einrichtung einer Fachgruppe vor. Auch **Herr Müller** hält es für richtig, das know-how einzelner Mitglieder einfließen zu lassen. **Herr Gramlich** sieht das fachliche know-how gegeben, Texte auch kurzfristig zu bearbeiten.
Herr Kattenstroth stellt klar, dass es sich dann nicht um offizielle Stellungnahmen des Klimabeirats handeln könnte.
Frau Lang bittet darum, vor einer inhaltlichen Arbeit den Ablauf der Erarbeitung und des Einbringens von Vorschlägen für den Beirat darzustellen.

Herr Kattenstroth schlägt eine zweigleisige Vorgehensweise vor:
Eine Gruppe erarbeitet Mustervorschläge für die Bauleitplanung und übergibt diese an die Stadtplanung. Diese sind nicht als Stellungnahme des Klimabeirats zu betrachten. Die Gruppe erarbeitet darüber hinaus eine Vorgehensweise für individuelle Verfahren.

Dem Vorschlag wird zugestimmt, bei einer Enthaltung.

Herr Gramlich kündigt für den 28.4. eine Veranstaltung des Gütersloher KlimaTisches zum Thema Anpassung an die Folgen des Klimawandels an.
Ergänzung zum Protokoll: Bitte prüfen Sie ggf. zeitnah, ob die Veranstaltung wie angekündigt stattfinden wird.

5. Fachgruppe Weiterentwicklung des Klimabeirates – erster Zwischenstand

Nach 5jähriger Arbeit des Klimabeirates soll über Ziele und Strukturen zur Fortsetzung der Arbeit beraten werden. Darüber hinaus hat der Rat in seiner Sitzung am 11.7.2019 gefordert, den Klimabeirat zu einem Gremium der Stadtgesellschaft für eine klimagerechte Stadtentwicklung weiterzuentwickeln.
Herr Kattenstroth stellt aus der Sitzung der Fachgruppe am 5.3.2020 kurz die Breite der Diskussion dar:
- kleines arbeitsfähiges Fachgremium oder Spiegel der Stadtgesellschaft
- Orientierung nicht nur auf die Arbeit der Verwaltung sondern in alle Sektoren, als Beispiel nennt er Bestandsimmobilien
- kontrovers diskutiert worden sei die thematische Breite, insbesondere das Thema Mobilität.

In Osnabrück werde der Masterplan 100 % Klimaschutz erfolgreich durch einen Beirat begleitet. Die Fachgruppe schlage, vor den Vorsitzenden des Beirats in Osnabrück Professor Markus Große Ophoff zu einem Vortrag einzuladen. Dazu sollen die Mitglieder des Klimabeirats und die Fraktionen eingeladen werden.

Dieser Vorgehensweise wird zugestimmt.

6. Fragen und Vorschläge der Ausschussmitglieder

Herr Gramlich informiert, dass er an der Veranstaltung „Klimanotstand – was nun" der Deutschen Bundesstiftung Umwelt teilgenommen habe. Das Verfahren in Osnabrück sieht er als beispielhaft. Dort würden alle Vorlagen auf ihre Klimarelevanz geprüft. Die Bürgerinitiative Energiewende habe dazu einen Bürgerantrag an den Rat gerichtet.
Herr Gramlich weist ebenfalls auf den gemeinsamen Bürgerantrag der BUND Kreisgruppe Gütersloh und der Bürgerinitiative Energiewende zur Einführung einer Installationspflicht für Solarstromanlagen auf den von der Stadt vermarkteten Grundstücken hin. Zusätzlich fordert er die Nutzung der Dachfläche der neuen Feuerwache ein.

Herr Woste erläutert, dass auf der Feuerwache so wie es 2017 beschlossen wurde eine Photovoltaikanlage mit 24 kW Leistung installiert worden ist. Die Verfügbarkeit weiterer Flächen müsse geprüft werden unter Berücksichtigung von Dachaufbauten, Technik wie Antennen und Lüftungsanlagen, Blitzschutz und Sicherheitseinrichtungen. Nicht zuletzt sollten für das neue Gebäude noch Verbrauchsdaten aus dem Betrieb abgewartet werden, um den Eigenverbrauch einschätzen zu können.
Herr Gramlich verweist auf vorangegangene Anträge, es gelte alle Möglichkeiten auf allen Gebäuden zu nutzen. **Frau Niemann-Hollatz** unterstützt die Forderung und kündigt an, den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Immobilienwesen aufzufordern, die Beschlusslage zu prüfen.
Frau Lang weist auf den aktuellen Beschluss hin, an der 3. Gesamtschule alle Dachflächen für Photovoltaik nutzbar zu machen.

7 Verschiedenes

Frau Bille begrüßt die geplante aufsuchende Beratung.
Herr Birkenhake schlägt die Information der Bürger über Förderangebote aller Institutionen über den Umweltkalender vor. Auch erinnere er sich an eine Kampagne der Verbraucherzentrale: „Geh den ersten Schritt".
Herr Kattenstroth warnt vor großen Erwartungen. Mit dem Angebot des Gütersloher Sanierungslotsen habe der Klimabeirat vor drei Jahren den Schritt zum Handeln verkleinern wollen. **Herr Birkenhake** ergänzt, dass das Entrümpeln des Dachbodens mitunter ein Hinderungsgrund sei das Dach bzw. die oberste Geschossdecke zu dämmen.
Ergänzung zum Protokoll: Dachentrümpelung wird mit bis zu 250 Euro gefördert.
Frau Bille regt an, das Klimapaket der Bundesregierung mit Kampagnen zu flankieren, da viele Bauherren über die Förderung hinaus auch Anerkennung für ihre Aktivitäten suchten.
Ein **Zuschauer** weist darauf hin, dass bei Wohnungen der LEG die Kaltmiete nach Sanierungen um 40 % gestiegen sei. **Herr Kattenstroth** führt das Beispiel des Bauvereins an, der bei bezahlbaren Mieten seinen Wohnungsbestand vorbildlich saniere.

<u>Nichtöffentliche Sitzung</u>

8. Verschiedenes

Es liegen keine Punkte vor.

Telefonisch freigegeben am 23.3.2020

H. Hentschel

Gerhard Kattenstroth
Vorsitzender

Helmut Hentschel
Schriftführer